

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold n. Altensteig-Stadt

Teleph. erzielte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei Einreich. Eintreib. od. Konkursen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum 16 Pfg., die Restameile 45 Pfg. Erschein. wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatlich 1.50 M., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 130

Altensteig, Montag den 8. Juni 1931

54. Jahrgang

Die Notverordnung vom 5. Juni

Ihre Bedeutung und ihr Inhalt

Berlin, 6. Juni. Die vom Herrn Reichspräsidenten unterzeichnete Notverordnung ist mit einer längeren Einführung versehen, in der die Maßnahmen, die durch sie getroffen werden, eine eingehende Begründung finden. Besonders eingehend beschäftigt sie sich mit dem Problem der Landwirtschaft, der Erleichterung gebracht werden soll. Weiter wird darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung in der Notverordnung den Rahmen für einen freiwilligen Arbeitsdienst schafft, zu dessen Trägern in erster Linie Vereine und Verbände gehören werden, die aus ihren Reihen Gemeinschaftsgruppen Dienstwilliger zur Verfügung stellen. Eingehende Würdigung findet ferner die Frage der Arbeitsbeschaffung. Durch die Notverordnung wird die Reichsregierung ermächtigt, mit Zustimmung des Reichstages für einzelne Gewerbe oder Arbeitergruppen die Arbeitszeit bis auf 40 Stunden herabzusetzen und die Zulässigkeit tariflicher Mehrarbeit von einer behördlichen Genehmigung abhängig zu machen. Die Reichsregierung verfolgt auch das Ziel, die Wirtschaft aus allen starren Bindungen zu lösen, die ihr durch Zusammenschlüsse und Vereinbarungen auferlegt sind. Deshalb wurde beschlossen, das Ruhrkohlenfondstakt nur zwei Monate zu verlängern. Unter ähnlichen Gesichtspunkten wird die Reichsregierung auf die Innungen und Zwangsinnungen Einfluß üben. Im einzelnen wird durch die Notverordnung bestimmt:

1. Sicherungen des Haushalts

Der Steuerausfall im Haushalt 1931 muß auf rund 940 Millionen bedeckt werden, von denen rund 500 Millionen auf das Reich, 440 Millionen auf Länder und Gemeinden entfallen. Ferner muß im Haushalt des Reiches Deckung geschaffen werden für eine Reihe von Mehrausgaben, so z. B. den Fehlbetrag der Knappschaftsversicherung und den Fehlbetrag bei der Krisenfürsorge. Letzterer beläuft sich nach Uebernahme eines Teils der Lasten der Arbeitslosenversicherung auf die Krisenfürsorge auf 245 Millionen Mark.

Eine Deckung aller dieser Fehlbeträge durch das Reich ist nicht möglich. Sie muß daher zum Teil der eigenen Kraft und Initiative der Länder und Gemeinden überlassen bleiben. Die Gesamtdenkung nach dem Plan der Reichsregierung gestaltet sich wie folgt:

Keiner Fehlbetrag des Reiches:	
Einnahmeausfall	495 Millionen
b) Mehrausgaben	79 Millionen
Keiner Fehlbetrag des Reiches	574 Millionen
Deckung:	
a) auf der Ausgabe Seite	
1. Gehaltskürzung	101 Millionen
2. Reichsverjüngung	85 Millionen
3. Sonstige Haushaltsabstriche	120 Millionen
zusammen	306 Millionen
b) auf der Einnahme Seite	
1. Zudeckung	110 Millionen
2. Mineralölsteuern	75 Millionen
3. Statistische Abgabe	3 Millionen
4. Uebertragung zur Monatsabgabe bei der Umsatzsteuer	80 Millionen
zusammen	268 Millionen
Deckung	574 Millionen
Krisenfürsorge und Arbeitsbeschaffung	
Fehlbetrag bei der Krisenfürsorge	245 Millionen
Für Arbeitsbeschaffung	140 Millionen
zusammen	385 Millionen

Die Deckung wird durch das Auskommen aus der Krisensteuer hergestellt. Zur Deckung des Fehlbetrages bei Ländern und Gemeinden, insbesondere der Wohlfahrtslasten der Gemeinden, haben zur Verfügung:

1. Gehaltskürzung	207 Millionen
2. Lohnsteuererstattung	60 Millionen
3. Umsatzsteuer	35 Millionen
zusammen	302 Millionen

Für den Reichshaushalt sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

a) auf der Ausgabe Seite:
1. Gehaltskürzung.
Die Dienstbesoldungen der Reichsbeamten sowie die Versorgungsbezüge der Wartensdienstleistungen und Ruhegeldempfänger werden um 4-8 Prozent gekürzt. Die Kürzung beträgt in der Ortsklasse A. bei Besolden bis zu 3000 Mark 4 Prozent, bis zu 6000 Mark 5 Prozent, bis zu 12 000 Mark 6 Prozent und über 12 000 Mark 7 Prozent. In den Ortsklassen B., C. und D. erhöht sich die Kürzung um 1 Prozent; bei den Reichsministern beträgt sie außer der Krisensteuer 8 Prozent.

Die Senkung erfolgt ab 1. Juli und gilt auch für die Bezüge der Anstellten im öffentlichen Dienst. Ferner wird der Kinderzuschlag der Beamten und Anstellten für das 1. Kind auf 10 Mark statt 20 Mark festgesetzt. Bei den Ländern, Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts, bei Reichsbahn-

und Reichsbank werden entsprechende Kürzungen vorgenommen. In den Kürzungen bei diesen Körperschaften treten weitere Kürzungen, wenn die Dienstbesoldungen höher liegen als bei dem entsprechenden Personalkreis im Reichsdienst.

2. Reichsverjüngung

Im Verjüngungsetat werden Abstriche vorgenommen, die auf 9 Monate 85 Millionen betragen. Die wesentlichen Bestimmungen sind Wegfall einer Kinderzulage für Leichtbehinderte, gestaffelte Kürzung der Ortszulagen und Verschärfung der Ausbeurteilungskriterien, falls neben der Rente ein Einkommen aus öffentlichen Mitteln bezogen wird. Ausgenommen bleiben die nötig erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten.

3. Sonstige Haushaltsabstriche

Die gegenüber dem Jahre 1930 bereits um rund 300 Millionen verminderten Ausgaben für den Einzeletat werden, wie sich aus dem oben angeführten Gesamtbudgetplan ergibt, um weitere rund 120 Millionen herabgesetzt.

B. Auf der Einnahmeseite

Auf der Einnahmeseite ist die Wiederherstellung der Zudeckung von 21 Mark für 100 Kilogramm vorgesehen. Dazu kommt Erhöhung der Zollsätze für Mineralöle, der Sätze für die staatliche Abgabe und ab 1. Oktober monatliche Zahlung der Umsatzsteuer für Personen, deren Umsatz im letzten Jahre mehr als 20 000 Mark betrug.

C. Sonstige Maßnahmen

Der Sicherung des Haushalts ist eine behördenweite Verdringung des Entschädigungsverfahrens für Kriegsbeschädigte durch Festsetzung einer Ausschüttung für Reanmeldungen vorzusehen. Ein wesentlicher Fortschritt ist, daß zur Vermeidung der Verschuldung des außerordentlichen Haushalts außerordentliche Ausgaben auf 2 Jahre in den ordentlichen Haushalt einbezogen werden sollen, womit der außerordentliche Haushalt auf 2 Jahre beschränkt ist.

Arbeitslosen- und Sozialversicherung

Zur Arbeitslosen- und Sozialversicherung weist die Notverordnung darauf hin, daß in der Arbeitslosenversicherung im Rechnungsjahr 1931 mit einem Fehlbetrag von etwa 400 Millionen, in der Krisenfürsorge mit einem solchen von rund 240 Millionen Mark gerechnet werden müsse, soweit das Reich die Kosten der Krisenfürsorge zu tragen hat. Schon mit Rücksicht auf die Lage der Reichsfinanzen müßte die Reichsregierung an dem Grundgedanken festhalten, daß die Arbeitslosenversicherung sich selbst trage. Da neue Einnahmen nicht beschafft werden könnten, müßte der Fehlbetrag der Reichsanstalt durch Einsparungen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung selbst gedeckt werden. Die Unzulänglichkeiten werden daher durch eine 5prozentige Kürzung des Einzellohnes gesenkt. Arbeitslose aus Betrieben mit betriebsfremder Arbeitslosigkeit erhalten versicherungsmäßige Unterstützung nur noch 20 Wochen und in Höhe der Sätze der Krisenfürsorge. Bei ihren Maßnahmen hat sich die Reichsregierung im wesentlichen an die Vorschläge gehalten, die ihr von der Gutachterkommission zur Arbeitslosenfrage gemacht wurden.

Auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung war die dringende Aufgabe in der Sozialversicherung, die knappschaftliche Rentenversicherung zu erhalten. Da der Bergbau aus eigener Kraft hierzu nicht mehr in der Lage ist, tritt das Reich mit erheblichen Mitteln ein. Gleichwohl muß auch die Selbstverwaltung noch eine Kürzung der Leistungen vornehmen. In Verbindung mit der Sanierung der Invalidenversicherung wird die Reichsregierung im kommenden Winter dem Reichstag eine organische Vereinfachungs- und Vereinfachungsreform der Sozialversicherung vorlegen.

Krisensteuer

Neben der Deckung der Fehlbeträge der sozialen Versicherungsverträge steht die Reichsregierung ihre vornehmliche Aufgabe darin, die Wirtschaft anzukurbeln und die Zahl der Arbeitslosen zu verringern. Hierzu bedarf es besonderer Mittel und Fonds. Diesen Zwecken soll das Auskommen aus der Krisensteuer dienen. Der Gedanke der Volksgemeinschaft umgibt dazu, alle Zeitgenossen zur Milderung der in Gestalt der Arbeitslosigkeit über das Land hereinbrochenen Katastrophe nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit heranzuziehen. In einer Zeit höchster Gefahr glaubte die Reichsregierung die notwendigen Maßnahmen nicht auf die Arbeitslosenempfänger beschränken zu können, sondern auch an den übrigen Berufsständen einschließlich der Gewerbetreibenden nicht vorbeizugehen zu sollen. Die ganze Maßnahme soll für 1 1/2 Jahre, also für die Zeit vom 1. Juli 1931 bis zum 31. Dezember 1932 gelten. Die Krisensteuer soll insgesamt 775 Millionen erbringen, von denen 385 Millionen auf das Reich-

nungsjahr 1931 entfallen. Sie kann unter Umständen bereits 1932 aufgehoben oder abgemildert werden.

Sie gliedert sich in zwei Teile, eine Steuer für die Lohnempfänger und eine Steuer der verantwortlichen Einkommensteuerpflichtigen. Die Krisenlohnsteuer beträgt bei einem Monatsarbeitslohn bis zu 300 Mark monatlich 1 Prozent des Bruttoarbeitslohnes, steigt in Stufen von je 1/2 Prozent für je weitere 100 Mark bis zu 700 Mark monatlich auf 3 Prozent, bis zu 1000 Mark auf 3,5 Prozent, bis zu 1500 Mark auf 4 Prozent, bis zu 3000 Mark auf 4,5 Prozent und beträgt über 3000 Mark 5 Prozent. Die Krisensteuer der verantwortlichen Einkommensteuerpflichtigen beträgt bis zu einem Jahreseinkommen von 3600 Mark 0,75 Prozent, bis zu 6000 Reichsmark 1 Prozent, bis zu 20 000 Mark 1,5 Prozent, bis zu 100 000 Mark 2 Prozent, bis zu 250 000 Mark 2,5 Prozent, bis zu 500 000 Mark 3 Prozent, bis zu 1 Million Mark 3,5 Prozent und über 1 Million Mark 4 Prozent. Bei den verantwortlichen Gehaltsempfängern tritt die Krisensteuer der Verantwortlichen zur Krisenlohnsteuer hinzu. Gehaltseinkommen bis zu 16 000 Mark sind jedoch von der doppelten Belastung ausgenommen. Für Landwirte sind besondere geltende Bestimmungen zu berücksichtigen.

Wohlfahrtslasten der Gemeinden und Gemeindeverbände

Unter Hinweis darauf, daß bei einer Arbeitslosenzahl von über 4 Millionen inmitten der Krise eine grundlegende Organisationsänderung undurchführbar ist, die Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden und Gemeindeverbände insofern eine besondere dringliche Aufgabe darstellt, betont die Notverordnung, daß nur die Hälfte der Gesamtanforderung für Wohlfahrtsdienstleistungen im Betrage von etwa 700 Millionen in den Etats der Gemeinden gedeckt ist, und somit für die andere Hälfte ein Ausleih geschaffen werden muß. Das geschieht:

1. durch Aufhebung der Lohnsteuererstattungen, und zwar erst-mals für das Kalenderjahr 1931;
2. ein weiterer Betrag zur Deckung der Wohlfahrtslasten fällt den Gemeinden durch die Ersparungen zu, die sie durch die Kürzung der Gehälter ihrer Beamten und Anstellten erzielen;
3. kommt in Betracht, daß die Länder auch die Erfordernisse, die sie durch die Kürzung der Gehälter der Landesbeamten entstehen, grundsätzlich diesen Zwecken zuführen müssen;
4. dient der Ausgleichsfonds für besonders wohlfahrtsbelastete Gemeinden, der bei der durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 vorgeschriebenen Reaktivierung vorgesehen war, zur Auffüllung des durch die Wohlfahrtslasten entstandenen Fehlbetrages.

Sicherung der Haushaltsführung der Gemeinden

Um die unerlässliche Einheit einer Gesamtpolitik sicherzustellen, die auf Drohung aller nicht unbedingt notwendigen Ausgaben ebenso bedacht sein muß, wie eine vollständige Ausschöpfung aller verfügbaren Einnahmequellen, bedarf die Staatsaufsicht eines geordneten Rückhaltes, den sie im geltenden Recht der Länder nicht überall gleichmäßig findet. Die Verordnung sucht hier Abhilfe zu schaffen, indem sie einige allgemeine Grundzüge über Umfang und Mittel der Staatsaufsicht aufstellt.

Wohnungswirtschaft

Auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft trifft die Verordnung Maßnahmen, um bei der zurückgehenden Beschäftigungsmöglichkeit in den Städten den Einfluß der Wohnungsbaupolitik zu einem beträchtlichen Teil einer selbstbewährten „sozialen Dienstbar zu machen und dadurch gleichzeitig die Wohlfahrtslasten im Hause im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen zu erhalten. Die Reichsregierung beabsichtigt, die Reichsbürgerschaft für die nachstehenden Befreiungen zur Unterstützung des Baumarcktes in weitgehendem Umfange einzusetzen. Ferner soll von einer Ermäßigung der Haussteuer insoweit abgesehen werden, als der Hauseigentümer die für die höhere Vereinfachung erforderlichen Mittel aus den ihm in der gesetzlichen Miete zufließenden Beträgen bestreiten kann. Diese Regelung soll schon mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab gelten.

Sonstige Steuer- und Zollmaßnahmen

1. Tabaksteuer:
Ueber dem Weg eines Ausgleichs der Abgabenbelastung soll eine neu eingeführte Ermäßigungsmaßnahme die Herstellung von Zigaretten in den billigsten Preisklassen in größerem Umfange ermöglichen.

2. Steuervereinfachungen:
Hier bringt die Notverordnung die erwartete Abänderung des Steuervereinfachungsgesetzes im Sinne der von der bayerischen Regierung gewünschten Möglichkeit die Reichsbürgerschaft unter 15 000 Mark anders als reichsrechtlich vorzusehen festzusetzen. Außerdem sollen die Länder weitere als die reichsrechtlich vorgesehenen Befreiungen ausprechen können.

3. Herabsetzung des Einkommensteuerniveaus:
Sie beschränkt die differenzierte Behandlung im Einkommensteuerrecht zwischen offenen Handelsackelkassen und Komman-



Wirtschaften und den Aktiengesellschaften und sonstigen Erwerbsgesellschaften. Die Vorschriften soll erstmalig für das Kalenderjahr, also bei der Haushaltsveranlagung 1932 gelten.

4. Kapitalverwaltungsgesellschaften:

Kapitalverwaltungsgesellschaften sollen steuerlich in der Weise behandelt werden, daß sie nur mit einem Zehntel ihres Vermögens zur Körperschaftsteuer und zur Vermögenssteuer herangezogen werden sollen. Diese Ermäßigungen werden die Gründung von Kapitalgesellschaften in Deutschland überhaupt erst ermöglichen.

5. Zollmaßnahmen:

Hier kündigt die Notverordnung an, daß zur Vermeidung von Uneträglichkeiten auf dem inneren deutschen Markt für die Versorgung mit Düngemitteln eine Ermäßigung der Reichsregulierung zu Schutzmaßnahmen in Form von Zöllen oder zur Marktregulierung erforderlich erscheint.

Der Aufruf der Reichsregierung

Berlin, 6. Juni. Die Erwartung, daß die Weltwirtschaftskrise und damit Not und Arbeitslosigkeit aller Industrieländer und noch mehr der Rohstoff- und Agrarländer zurückgehen werden, hat sich als trügerisch erwiesen. Deutschland ist in dem Hinterwäldler der Erde mit einer jährlichen Summe von 23 Milliarden Reichsmark verflochten und es kann sich allein aus der gemeinsamen Not nicht retten, unter der selbst die im Krieges reichsten Staaten schwer leiden. Unsere Sorgen und Schwierigkeiten sind verschärft, weil wir neben der Gesamtkrise, in der wir leben, noch die besondere Last tragen, als die Unterlegenen des großen Krieges Zahlungen leisten zu müssen. Sie wurden unter Voraussetzungen, die nicht eingetroffen sind, übernommen und entziehen unserer durch Krieg und Inflation verarmten Wirtschaft das Kapital, dessen sie notwendig zu ihrer Erhaltung und Fortentwicklung bedürftig sind. Kapitalentzug bedeutet Stilllegung und Einschränkung von Betrieben, Arbeitslosigkeit, Rückgang des privaten Einkommens und nicht zuletzt der Einnahmen des Staates. Darüber hinaus verringert sich unsere Kaufkraft am Weltmarkt um den Betrag, den wir für Tribute ohne Gegenleistungen abgeben. Die Tributzahlungen schwächen uns als Käufer und nötigen uns zur Drosselung der Einfuhr. Sie zwingen uns zur Steigerung der Ausfuhr, gegen welche andere Länder in immer härtere Abwehr treten.

Schwerste Lasten und Opfer muß die Reichsregierung dem deutschen Volke zumuten, um die Zahlungsfähigkeit des Reiches aufrechtzuerhalten. Diese ist die Voraussetzung für die Fortführung der deutschen Wirtschaft: von ihr hängen Millionen und Abermillionen von Kriegsteilnehmern, Sozialrentnern, Beamten und Angehörigen in ihrer Existenz ab.

Im Innern und Ausland ist vielfach der Vorwurf erhoben worden, daß wir nicht sparsam genug gewirtschaftet hätten. Dieser Vorwurf trifft jedenfalls auf Deutschland für die Gegenwart nicht zu. Nach dem Vorschlag der neuen Notverordnung werden die Ausgaben des Reiches einschließlich der Währungsnoten vor dem Jahre die Einnahmesumme von mehr als 1,5 Milliarden weniger betragen. Nach dem letzten Willen der Reichsregierung soll diese Notverordnung der letzte Schritt zu diesem Ziele sein. Das ist dabei ohne Härten, die alle Kreise des Volkes treffen, nicht zu machen, werden die Einkünfte begreift. Es ist besser, in geordneten Formen Leistungen, auch wenn es schmerzhaft ist, zu leisten und Beiträge von denjenigen zu fordern, die noch ein Einkommen haben, als die Gefahr herauszubekommen, daß Zahlungen, auf denen die Lebenshaltung vieler Volksschichten beruht, eines Tages nicht mehr bewirkt werden können.

In ähnlicher Lage wie das Reich befinden sich Länder und Gemeinden. Auch sie haben sich weitgehend eingeschränkt und werden es noch mehr tun müssen. Die Reichsregierung gibt sich über die Schwere der von allen Bevölkerungskreisen zu bringenden Opfer keine Täuschung hin, aber die Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes der öffentlichen Haushalte und die Schonung unserer Wirtschaft im Hinblick auf ihre schwierige Lage und auf den heftigen Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt rechtfertigen die getroffenen Maßnahmen. Wir haben alles angepaßt, um unseren Verpflichtungen aus dem verlorenen Kriege nachzukommen. Auch ausländische Hilfe haben wir hierfür in weitem Maße in Anspruch genommen. Das ist nicht mehr möglich! Einleiten der letzten Kräfte und Reserven aller Bevölkerungskreise gibt der deutschen Regierung das Recht und macht es ihr dem eigenen Volke gegenüber zur Pflicht, vor der Welt auszusprechen: Die Grenze dessen, was wir unserem Volke an Entbehrungen aufzuerlegen vermögen, ist erreicht! Die Voraussetzungen, unter denen der neue Plan zustande gekommen ist, haben sich durch die Entwicklung, die die Welt genommen hat, als irrisch erwiesen. Die Erleichterung, die der neue Plan nach der Absicht aller Beteiligten dem deutschen Volke bringen sollte, und für die erst noch zu bringen verhofft, hat er nicht gebracht. Die Regierung ist sich bewußt, daß die aufs Inehrste bedrohte wirtschaftliche und finanzielle Lage des Reiches gebieterisch zur Entlastung Deutschlands von untragbaren Reparationsverpflichtungen zwingt. Auch die wirtschaftliche Gesundung der Welt, ist hierdurch mitbedingt.

Das deutsche Volk steht in einem entscheidenden Ringen um seine Zukunft. Vor dem Überlaufen, man könnte ohne Opfer zu einem geächteten Erlöse gelangen, muß eine verantwortungsbewußte Regierung wachen. Wenn das deutsche Volk an seine Zukunft glaubt, so muß es entschlossen sein, dafür alles einzusetzen. Ob haben die Deutschen in ihrer Geschichte verkannt, daß in kritischer Lage nicht der Kampf der Parteien, sondern der Wille des gesamten Volkes, sich zu behaupten, entscheidend ist. Eine solche Stunde ist gekommen. Die Reichsregierung kann nicht glauben, daß die neue Generation so klein und die Ältere so schwach geworden ist, daß sie nicht vereint imstande wären, im friedlichen Kampfe um unseren Wiederantritt die Größe und den Idealismus deutschen Volkstums wie in früheren Schicksalsstunden zu beweisen. Im Vertrauen auf Lebenskraft und Lebenswille des deutschen Volkes wird die Regierung handeln.

Berlin, 5. Juni 1931. Die Reichsregierung.

Lesen Sie unsere Zeitung!

Pressestimmen zur Notverordnung

Berlin, 6. Juni. Die neue Notverordnung wird von den meisten Berliner Abendblättern sehr ausführlich kommentiert. Die Rechtspresse aller Richtungen kritisiert, teilweise in schärferer Form, die Maßnahmen der Reichsregierung.

Während der „Abend“ die Notverordnung ohne eigene Beurteilung und die „Germania“ dazu nur den erläuternden Artikel von Staatssekretär Dr. Brüder bringen, spricht das „Berliner Tageblatt“ davon, daß die Notverordnung und der Aufruf, der sie begleitet, manchen interessanten Ansoh, manche Konzeptionen an Kreise und an Ideologien seien, die in einem Volksstaate besser in den Hintergrund treten würden. Sie enthalte aber auch manches Versprechen, dessen Einhaltung von Segen wäre. Eine Regierung greife zu den äußersten Mitteln, um akute Gefahren zu bannen. Eine Regierung kämpfe um ihr Leben, um eine Staatsform. Eine Staatsform, die zwar in vielen nicht mehr ganz identisch mit der Staatsform von Weimar, aber ihr doch im grundsätzlichen ähnlich sei. Sie hindere Gefahren, aber sie beschwöre vielleicht auch Gefahren herauf.

Die „Völkische Zeitung“ bezeichnet den Aufruf der Reichsregierung als einen Appell an das Deutsche Volk und die Weltöffentlichkeit der Nation, unmittelbare Wirkungen ausübte. Das Blatt nennt die Kürzung der Kriegesbeschädigtenrenten die peinlichste Maßnahme der Notverordnung.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ verweist auf den Satz des Aufrufes, der von der Grenze der dem Volke auferlegten Entbehrungen spricht, die nunmehr erreicht sei und sagt, diese Grenze werde mit der neuen Notverordnung überschritten. Das Reich, für sich allein betrachtet, werde durch den Sanierungsplan in den Zustand versetzt, bei dem man vom Versuch eines Großwunders reden könne. Die Verdoppelung der Zuckerversteuerung und die Erhöhung der Mineralsteuern bedeuten die erste Fehlfunktion im Sanierungsprogramm. Die Summe von 400 Millionen, die steuerlich erhoben werden sollen, nicht um die Wirtschaft anzuheben — hierfür verbleiben ja nur 140 Millionen — sondern um Fehlbeträge zu decken, zwingt zu der Frage: Wo bleibt in dieser Notzeit die grundsätzliche Vereinfachung der Staatsverwaltung, die Reduzierung des Behörden- und Verwaltungsapparates? Die Verfasser der Notverordnung wissen, daß Deutschland nicht in der Lage sei, die fälligen Tributleistungen zu zahlen. Sie zielen zu einer letzten Anstrengung auf, um das schonende Schicksal zur Erfüllungspolitik an der Katastrophe des finanziellen Abgrundes vorbeizuführen und den Rahmens zu erbringen, daß andererseits alles und mehr als alles geschehen sei, um den Verfall zu stoppen und den neuen Plan auszuführen.

Die „Völkische Zeitung“ spricht von unerträglichem Lasten, die dem deutschen Volke auferlegt würden. Auch diese neuen Steuerlasten würden als einzig wirksame Folge eine weitere Verminderung der Steuererträge haben. Die Wirtschaftseinkünfte wichtiger Teile der Notverordnung werde erklärlich durch weitgehende Rücksichten, die die Urheber der Verordnung auf grundsätzliche wirtschaftsfeindlich eingestellten Kreise und Parteien zu nehmen hatten. Die Kaufkraft weitester Schichten werde fortschreitend geschwächt. Der Erfolg der ganzen Maßnahme könne, wie schon heute vorzuliegen sei, nur negativ sein. Der Reichsregierung könne — ganz abgesehen von den zahlreichen Einseitigkeiten und Fehlspekulationen der Notverordnung — der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie durch unüberhörliche Verschleppung des Tributproblems es in dieser Notverordnung habe kommen lassen.

Die „Kreuzzeitung“ kommt zu der Auffassung, daß weniger die Sanierung im Inneren als die Sanierung der durch falsche Methoden am Rande des Bankrotts stehenden Sozialpolitik erreicht werden solle. Durch die neuen Opfer werde letzten Endes nicht mehr erreicht, als die Veränderung eines sich zwangsläufig vollziehenden Prozesses, niemals aber das Aufhalten der Lawine, die die deutsche Wirtschaft zu erdrücken droht.

Der „Deutsche“ äußert, daß zwar niemand reiflos befreit sein könne, aber für jeden seien ein paar Bestimmungen darin, die den bitteren Opfertrank ein wenig verflüchten könnten. Das Blatt hofft, daß die einzelnen Ermäßigungen nicht nur auf dem Papier stehen werden, wie das bei der Kartellnotverordnung leider der Fall gewesen sei.

Die „Deutsche Zeitung“ schreibt: Die Finanzpolitik hängt auch politisch aufs engste mit der Revisionspolitik zusammen. Dadurch werden die Fehler sowohl der bisherigen Revisionen wie der Finanzpolitik klar. Die Gefahr für den Bestand des Reiches ist ganz unmittelbar. Die Rettung ist ein Aufschub. Das ist Gegenstand bereit zu einer vollen und vor allem baldigen Revision sind. Die Wirtschaft besteht für die Regierung nur noch als Mittel, mit den Erwerbslosen fertig zu werden. Sie hat sich zwar endlich zu einer kleinen Durchkämpfung der Unterstützungsbestehenden entschlossen (Beraufhebung der Wartelohns usw.). Deshalb aber hat man selbst das, so geringfügig es auch ist, nicht ergriffen? Eine Politik, in deren Mitte die Finanzpolitik steht, ist eine schlechte Politik.

Das Wochenende in Chequers

London, 6. Juni. Im Herzen der im Juni-Büstenhimmel orangenen Grafschaft Sudinghamshires haben heute nachmittags lächeln, nüchternen Besprechungen zwischen den ersten Ministern und den Außenministern Deutschlands und Englands begonnen. In Deutschland ist jedoch die neue Notverordnung veröffentlicht worden. Das, was Brüning in seiner ruhigen, sachlichen Art der englischen Öffentlichkeit und den englischen Staatsmännern über die Not Deutschlands sagt, erhält durch diese Notverordnung Ueberzeugungskraft und Gewicht. Der heutige Leitartikel der „Times“ brachte die Schwierigkeiten zum Ausdruck, die gewisse Strömungen, deren Mittelpunkt das Foreign Office ist, noch immer allen Versuchen, den durch die Friedensverträge geschaffenen Status quo zu verändern, entgegenstellen. Daß die Krise, die in ersterer Fühlung mit der an der Weltwirtschaftskrise leidenden englischen Industrie stehen, anders denken, beweist der heutige Leitartikel des „Manchester Guardian“. Das Blatt bemerkt: Die letzte deutsche Notverordnung, die letzte Anstrengung des Kanzlers, das Budgetgleichgewicht herzustellen, muß nach Kompensation mittels internationaler Zuzugaben. Der Sonderkorrespondent des Manchester Guardian sagt seinen Eindruck des Besuchs der deutschen Minister in die Worte zusammen: Dr. Brüning erwartet vor den Besprechungen in Chequers keine unmittelbare Hilfe, aber seine Erklärung, daß eine Lösung nicht möglich ist, wenn sich Deutschland nur auf sich allein verlassen muß, scheint die Annahme zu bestätigen, daß Deutsch-

Die Frankfurter Zeitung zur Notverordnung

Frankfurt a. M., 6. Juni. Die Frankfurter Zeitung bespricht, daß dies der letzte Schritt sein werde. Das Blatt sieht die Notwendigkeit weiterer ganz drastischer Einsparungen, vor allem jetzt mehr bei Ländern und Gemeinden, wenn nicht von anderer Seite der Entlastung komme.

Die Neuenfurter Presse über die Notverordnung

Neuenfurt, 6. Juni. Die hiesigen Abendblätter bringen dem Aufruf der deutschen Regierung zur Notverordnung durchweg in großer Aufmerksamkeit und an hervorragender Stelle mit über mehrere Spalten gehenden Ueberschriften. Die Associated Press hat den Aufruf sogar im vollständigen Wortlaut an ihre Abnehmer gesandt.

Hugenberg fordert Aufhebung der Notverordnung

Minden, 8. Juni. Auf dem Landesparteitag des Landesverbandes Westfalen-Ost und beider Lippe der Deutschnationalen Volkspartei in Porta hielt gestern der Parteiführer Dr. Hugenberg eine Rede über die Notverordnung und die Folgerungen, die die Deutschnationale Volkspartei aus den Beschlüssen der Reichsregierung ziehen will. Der Redner übte an der gesamten bisherigen Politik des Kabinetts überaus scharfe Kritik und kündigte an, daß die Deutschnationale Volkspartei zur Beschlußfassung über die Notverordnung den Zusammentritt des Reichstages verlangen werde. Tritt der Reichstag zusammen, erklärte Dr. Hugenberg, so werden auch wir erscheinen und so lange in Pause bleiben, wie es uns sachlich richtig erscheint. Wir werden Anträge auf Beratung derjenigen Dinge stellen, die uns wichtig erscheinen, z. B. unseres Antrages auf Streichung der Polizeilohnzuschüsse des Reiches an Preußen, sowie unserer auf Rettung der Landwirtschaft gerichteten Anträge. Wir werden die Unmöglichkeit der neuen Notverordnung beleuchten und ihre Aufhebung beantragen.

Deutsche Volkspartei lehnt Notverordnung ab

Trier, 8. Juni. Der Parteitag der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Koblenz-Trier-Birkenfeld nahm heute eine Entscheidung an, in der festgestellt wird, daß die neue Notverordnung einen Bruch der bisherigen Linie des Kabinetts Brüning bedeute. Die Partei, heißt es weiter, vermisst die große schöpferische Idee, vermag nur lediglich den Versuch zu ersehen, mit den bisherigen Mitteln die Schwierigkeiten des Augenblicks für kurze Zeit zu beheben. Die Reichsregierung hat wiederholt erklärt, daß das Gleichgewicht im Haushalt durch Ausgabenreduzierung, nicht aber durch neue Belastungen hergestellt werden solle. Diese Zusage ist nicht gehalten worden. In der Notverordnung fehlt der durchgreifende Wille, durch Vereinfachung der gesamten öffentlichen Verwaltung und durch Befreiung der Wirtschaft von unerträglichen, staatssozialistischen Bindungen die Grundlage dafür zu schaffen, daß jeder Deutsche wieder einen fairen Arbeitsplatz erhält. Die Partei erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie die Notverordnung ablehnt, die den von der Fraktion noch kürzlich in Saarbrücken aufgestellten Grundgedanken zuwiderläuft. Zustimmung dürfte nur ein Plan finden, der das deutsche Volk unter Freimachung seiner besten Kräfte auch wirklich aus der wirtschaftlichen und sozialen Not unserer Tage herausführt.

Amerika über Deutschland

Die Notverordnung schlug ein — Die Schulden- und die Abrüstungsfrage müssen gleichzeitig gelöst werden

New York, 7. Juni. Die deutsche Notverordnung und der gleichzeitige Aufruf der Reichsregierung haben, das kann man ohne Uebertreibung sagen, in den Vereinigten Staaten ungeheures Aufsehen hervorgerufen. Das Schicksal Deutschlands ist mit einmal ein Problem geworden, das alle eigenen Sorgen Amerikas in den Schatten stellt, da der amerikanischen Öffentlichkeit nunmehr die Augen über die verzweigte Vogt eines 70-Millionenvolkes geöffnet sind.

Die offizielle deutsche Erklärung, daß die Reparationslasten untragbar sind, hat, obwohl sie nicht unerwartet kam, durch ihre entschlossene Formulierung in Washington übertraf und bei allen Regierungsstellen das Gefühl größter Besorgnis hervorgerufen. Präsident Hoover, der sich gerade im Wecken befand, ließ sich telephonisch die Zeitungsmeldungen übermitteln. Er wußte vom Außenministerium aus auch vom Schicksal wurde ein Kommentar mit der Begründung abgelehnt, daß die Angelegenheit zu bedeutsam sei, als daß die Regierung aus dem Handgelenk Stellung nehmen könne.

In den Washingtoner Meldungen der führenden amerikanischen Presse werden zum erstenmal die Möglichkeiten einer Einleitung der amerikanischen Außenpolitik angedeutet, wobei übereinstimmend erwähnt wird, daß Washington heute bereit sei, die Schuldentilgung und unter Umständen sogar eine Streichung ins Auge zu fassen, allerdings unter der Voraussetzung, daß die europäischen Mächte einen Weg finden, das Sicherheitsproblem auf andere Weise zu lösen als durch die Unterhaltung gewaltiger Heeresrüstungen.

land auf eine baldige Erleichterung seiner Reparationslast durch eine internationale Aktion rechnet.

Die Londoner Morgenpresse zu dem deutschen Besuch

London, 6. Juni. Reichskanzler Brüning's ebenso schlichte wie eindrucksvolle Schilderung der Situation, die er gestern nachmittag den Vertretern der Presse aller Länder gab, hat ihren Eindruck auf das englische Volk nicht verfehlt. Ihr Echo in den Morgenblättern, die fast alle Bilder von der Ankunft der deutschen Staatsmänner bringen, ist durchweg günstig. Besondere Mißbilligung hat das Arbeiterblatt Daily Herald seine Hauptseite mit der Ueberschrift herausgebracht: „Deutschlands Kanzler betet vor der Landung“.

Der Worte sind genug gewechselt . . .

Das Kommuniqué über die Besprechungen von Chequers

London, 7. Juni. Folgendes ist der Wortlaut des heute hier ansgesagten Kommuniqué über die Besprechungen von Chequers:

Der Besuch war vor einigen Monaten zum Zwecke persönlicher Fühlungnahme vereinbart worden. Bei Gelegenheit dieser zwanzigtägigen Zusammenkunft wurde in freundschaftlicher Weise die Lage erörtert, in welcher sich das Deutsche Reich und andere Industrieländer im gegenwärtigen Augenblick befinden. Die deut-



ihnen Minister betonten mit besonderem Nachdruck die Schwierigkeiten der angeblichen Lage in Deutschland und die Notwendigkeit der Schaffung von Ersatzleistungen. Die englischen Minister überließen wies auf den internationalen Charakter der derzeitigen Krise und ihre besonderen Rückwirkungen auf England hin.

Seitens der britischen Regierung wurde darüber, daß neben den Maßnahmen, die jedes einzelne Land für sich zu ergreifen hätte, die Wiederherstellung des Vertrauens und die wirtschaftliche Wiederbelebung von internationaler Zusammenarbeit abhängig seien. In diesem Sinne werden beide Regierungen sich bemühen, die gegenwärtige Krise in enger Zusammenarbeit mit den anderen beteiligten Regierungen zu bewältigen.

England, Deutschland, Amerika

London, 7. Juni. In einem Artikel „Deutschland in Chequers“ schreibt der „Observer“ u. a.: „Angenommen, Dr. Brüning hat Recht mit seinen ersten Befürchtungen, die er in Chequers vorzutragen dürfte, dann würde die Reparationsfrage auch für Amerika in einem neuen Licht erscheinen. Gegenwärtig bestehen die Hoffnungen auf eine Besserung der allgemeinen Depression vor Ende des Jahres. Diese Hoffnungen können sich nicht verwirklichen im Falle einer deutschen Krise, die nicht nur die Suspendierung der deutschen Zahlungen, sondern auch unvorhergesehen die Suspendierung der Zinszahlungen auf das fast 500 Millionen Pfund Sterling betragende, in Deutschland investierte amerikanische Kapital mit sich bringen würde. Richtig ist eine neue und sofortige internationale Untersuchung der Lage Deutschlands und der Auswirkungen des Youngplans.“

„Sunday Times“ veröffentlicht ein Interview mit dem bekannten englischen Wirtschaftsführer Sir M. Baillet, worin dieser anregt, daß England die Wiederaufholung der Reparationsfrage durch Aufhebung seiner Kriegsschuldenszahlung an Amerika erwirken soll.

Am kontroversiellen wird der Konferenzgedanke von „Sunday Express“ ausgeprochen. Das Blatt glaubt, daß als Ergebnis der Besprechungen in Chequers eine Weltkonferenz zur Prüfung der Anträge auf Revision der gesamten Kriegsschulden möglicher Weise vorgeschlagen werden.

Stegerwald über das Programm der Reichsregierung

Calw, 7. Juni. Am Sonntag sprach hier in einer großen Kundgebung der örtlichen Gewerkschaften des Niederrheins, zu der sich zahlreiche Vertreter der Behörden und der Wirtschaft eingeladen hatten, Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald über das Sanierungsprogramm der Reichsregierung. Er führte u. a. aus: Wir befinden uns inmitten einer großen Wirtschafts- und Finanzkrise. Reich, Länder, Gemeinden und Arbeitslosenversicherungen weisen ein Defizit von weit über 2 Milliarden Mark auf. Andere Länder, insbesondere die reicheren, befinden sich aber wiederum in einer ungleichlich besseren Lage als Deutschland; sie können noch auf Reserven zurückgreifen, sie stehen noch vor erheblichen steuerpolitischen Möglichkeiten. Die Reichsregierung hat vor der Frage, können und sollen wir mit einem Schlag die Finanzen von Reich, Ländern, Gemeinden, Arbeitslosenversicherungen, Krisenfürsorge und gemeindliche Wohlfahrtsvereine in Ordnung bringen? Das ging nicht. In der Beschäftigung sieht sich auch hier der Meister. Von 32 Millionen Erwerbstätigen leben in Deutschland immer noch 27-28 Millionen, wenn auch teilweise nicht voll beschäftigt, in Arbeit. Wir müssen unsere Lebensgewohnheiten umstellen. Wir müssen von der Vorstellung herunter, daß ein Volk, das den größten aller Kriege verloren hat, etwa nach diesem Kriege weniger zu arbeiten braucht und besser leben könnte als vorher. Wohl aber kann Deutschland, nachdem es mit großen Anstrengungen sein eigenes Haus auf als möglich befestigt hat, sagen: Jetzt ist die Stunde Europas und Amerikas gekommen. Es geht nicht bloß um die Rettung Deutschlands; es geht um die seit Jahrhunderten erarbeitete europäische Kultur und Zivilisation.

Neues vom Tage

Einberufung des Reichstags des Reichstags
Berlin, 6. Juni. Der Zusammentritt des Reichstags des Reichstags ist für Mittwoch, den 10. Juni, nachmittags 4.30 Uhr in Aussicht genommen. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge der Nationalsozialisten und Kommunisten auf sofortige Einberufung des Reichstags zur Stellungnahme zu der neuen Notverordnung.

Politische Zusammenkünfte in Chemnitz — 2 Tote
Chemnitz, 7. Juni. Vor dem Dawke der kommunistischen Buchhandlung auf dem Brühl kam es heute früh zu heftigen Zusammenkünften zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, die hier ihren Goutas abhielten. Im Verlauf der Streitigkeiten sind 2 Nationalsozialisten erschossen worden, 4 weitere Nationalsozialisten wurden verwundet. Die Polizei hat mehrere Kommunisten verhaftet.

Mord im Reimsbachtal
Breslau, 7. Juni. Der Gemeindevorsteher in Reimsbachtal bei Waldenburg hat am Morgen des vergangenen Freitags in der Nähe einer Schleufe eine mit Laub und Strauchwerk umgedeckte männliche Leiche, die schwere Schußwunden aufwies, entdeckt. Die Persönlichkeit des Toten konnte zunächst nicht festgestellt werden. Auf Veranlassung der Waldenburger Kriminalpolizei ist nunmehr heute hier der leiblose Schuhmacher Martin Rüdiger verhaftet worden, der bereits ein umfangreiches Geständnis abgelegt hat, den Mord begangen zu haben. Es handelt sich um den Futtermittelhändler Ulrich aus Waldenburg.

Zwischenfall auf einer Tagung des Deutschen Handlungsgeschäftsverbandes
Stralsund, 7. Juni. Die Pressestelle des D.H.G. teilt mit: Auf der brandenburgisch-pommerschen Handlungsgeschäftsversammlung kam es zu einem Zwischenfall zwischen Polizei und Tagungsleitung. Die Polizei habe gefordert, daß die schwarz-weiß-rote und blaue Verbandsfahne entfernt würde. Als diesem Ersuchen seitens der Tagungsleitung nicht stattgegeben wurde, sei das Fahnenstück von der Polizei selbst entfernt worden. Darauf veranfaßten die Mitglieder einen Protestzug durch die Stadt, bei dem ein Fahnenstück mitgeführt wurde.

50jähriges Jubiläum des Veteranen- und Militärvereins Walddorf verbunden mit dem Bezirkskriegertag

Der Wettergott meinte es nicht gerade gut, als gestern morgen Böllerschüsse und die Musik der Stadtkapelle Altensteig die Gemächter aus dem Schlafe weckten. So nach und nach wurde es dann aber doch heller und hat das Wetter wenigstens noch teilweise ein Einsehen gehabt, wenn auch die liebe Sonne fehlte. Um 8 Uhr trat der Verein mit den Festdamen zum Gottesdienst an und gab so dem Fest die richtige Weihe. Um 10 Uhr war Vorstandssitzung des Bezirks unter dem Vorsitz von Studentrat Grau-Kagald. Die Verhandlungen, die von kameradschaftlichem Geist getragen waren, hatten außer Statutenberatungen die Sterbefälle als Hauptpunkt. Es wurde beschlossen, ab 1. Januar nächsten Jahres den Beitrag von 10 auf 15 Pfennig zu erhöhen, um so einen Fond von 10.000 Mark anzusammeln. Gegen 1 Uhr nachmittags begann man mit der Aufstellung des Festzuges. Dem ganzen Bezirk waren die Brudervereine gekommen zu ihrem Kriegertag. Um 1/2 Uhr setzte sich der Festzug mit der Stadtkapelle, den Festdamen, dem Radfahrerverein „Edelweiß“ und mehreren Festreitern in alten Uniformen an der Spitze, in Bewegung. Es war ein stattlicher Zug, 31 Jähren waren im Festzug. Auf dem Festplatz sang nach einem Marsch der Stadtkapelle Altensteig der „Leberkaus“ Walddorf „Wo gen Himmel Eiden rogen“. Anschließend hieß Vorstand Walz im Namen des Veteranen- und Militärvereins Walddorf alle willkommen, insbesondere Studentrat Grau, der heute das erste Mal in der Öffentlichkeit seines Amtes als Bezirksobmann walte, und Bezirksobmann Kühle-Galm. Er sprach allen den Dank aus für die Mitwirkung beim Fest und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es den Gästen in dem schönen Walddorf gefallen möge. Anschließend sprach Bürgermeister Kentschler im Namen der Verwaltung und der ganzen Gemeinde dem Jubiläar die besten Glückwünsche aus. Der Kriegerverein sei gegründet worden, um die Kameradschaft zu pflegen. Die Kriegervereine seien dermaßen, dem Volk den Weg zu zeigen zur Einigung. Der Veteranen- und Militärverein Walddorf habe viele gute Grundstücke besetzt. Er wüßte dem Verein für die Zukunft ein kräftiges Blühen und Gedeihen zum Wohl der Gemeinde und unseres geliebten Vaterlandes. Hauptlehrer Grünbauer gab in seiner Ansprache Daten des Vereins bekannt. Der Veteranen- und Militärverein Walddorf sei am 18. April 1881 gegründet worden. Ein halbes Jahr nach der Gründung trat er dem

Württ. Kriegerbund bei. Drei Gründer seien heute noch am Leben, aber nur zwei noch Mitglieder des Vereins. Im Jahr 1899 hielt der Verein seine Fahnenweihe. 1914 seien aus der Gemeinde 300 Mann unter die Waffen getreten und 52 Tote habe die Gemeinde zu betrauern. Zu ihrem Gedenken spielte die Kapelle eine Strophe „33 hat' einen Kameraden“, den die Festversammlung entblöhten Hauptes anhört. Er schloß mit den Dichtworten: „Kimmer wird das Reich zerstört, wenn ihr einig seid und treu.“ Anschließend hieß Bezirksobmann Studentrat Grau im Namen des Bezirks-Kriegerverbandes alle herzlich willkommen. Man habe heute an dem stattlichen Festzug gesehen, daß die Kriegervereine noch leben. Er begrüßte hauptsächlich den Grömbacher Verein, der über die Bezirksgrenzen hinweg sich heute eingefunden habe. Er überbrachte die Grüße des Präsidiums und dankte der Vorstandsschiff des Vereins für ihre Leistungen im Kriegerverein. Er überreichte dem festgebenden Verein und dem Kriegerverein Haizerbach den Ehrenschild für 50jährige Zugehörigkeit zum Bund. Die Fahne sei bei allen Kulturdörfern ein heilig Ding. Sie sammelt und ruft. Zur Fahne stehen und schwören wir. Die Fahne rein halten ist Ehrensache, die Ausschmückung unser Stiel. An ein Mitglied des Walddorfer Vereins, Joh. Braun, konnte die Medaille für 50jährige, und sechs Mitgliedern für 25jährige Zugehörigkeit überreicht werden. Fünfzig Jahre sei eine schöne Zeit, das Einzelne sei da im Absteigen, es sei dies aber nicht nötig bei dem Verein, wenn auch nach dem Wegfall der allgemeinen Wehrpflicht es so scheinen mag. Der Württ. Kriegerbund habe 163.000 Mitglieder, 675 Schützenabteilungen mit 16-17.000 Mitgliedern, darunter 7-8.000 Jungschützen, das sehr doch nicht nach absterben aus. Es müsse aber natürlich gewonnen werden. Die Kriegervereine müssen den Wehrwillen wachhalten und den Wehrgehabanten der Jugend beibringen. Ein patriotisches Deutschland werde nie die Ketten und Fesseln abwerfen können. Die Kriegervereine müßten den Weg bereiten für einen neuen Aufstieg unseres Vaterlandes. Bezirksobmann Kühle-Galm forderte zum Schluß noch auf zur Bildung von Kleinfahnenabteilungen. Nach dem gemeinsam gesungenen Deutschlandlied entwickelte sich auf dem Festplatz trotz dem nicht gerade freundlichen Wetter ein fröhliches Treiben. Abends 8 Uhr schloß sich noch ein Festball an.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 8. Juni 1931.

Antliches. Der Herr Staatspräsident hat dem Obersekretär Pfitzenmaier bei dem Amtsgericht Calw die Amtsbezeichnung Rechnungsrat verliehen.

Der Herr Staatspräsident hat den Oberlehrer Hirsch an der evang. Volksschule in Birkenfeld, O.A. Neuenbürg, auf Ansuchen in den Ruhestand versetzt.

Im Bereich der Reichsbahndirektion Stuttgart ist der Reichsbahnhelfer Kurz (Hermann) in Kagald (Bahnhof) nach Bad Liebenzell versetzt worden.

Der gestrige erste Junisonntag machte nicht gerade ein freundliches Gesicht und strafe wieder einmal die Wettermacher Lügen, die für gestern heiteres Wetter vorausgesagt hatten. In dieser Jahreszeit läßt sich aber der Mensch trotzdem nicht gerne kalten und strömt hinaus aus der Enge des Städtchens. Der Kriegerverein beteiligte sich in stattlicher Zahl an dem Bezirks-Kriegertag in Walddorf. Die Handballer des Turnvereins hatten den Turnverein Freudenstadt zu Gast und mußten sich die Einheimischen in der ersten Mannschaft mit 1:12 und in der zweiten mit 4:8 geschlagen bekennen. Der Sportverein war in Reudolach und konnte die Spiele bei beiden Mannschaften für sich entscheiden. Erste Mannschaft 1:3, zweite 3:4.

Unfallsfall. Als der ledige Silberarbeiter Karl Gauß von Altensteig-Dorf am gestrigen Sonntag mit seinem Motorrad nach Walddorf fahren wollte, verlor er auf der Straße zwischen Reudolach und Walddorf die Herrschaft über sein Motorrad. Dieses überschlug sich wiederholt, wobei Gauß einen Armbruch erlitt.

Wann soll geerntet werden? Auch die rechte Zeit des Heuens will abgepakt sein. Das Gras darf nämlich nicht zu lange auf den Weiden stehen, wenn es nicht an Kraftstoffen verlieren soll. Nicht länger des Grasses entscheidet über den Wert des Heues, sondern der Gehalt an Nährstoffen. Den höchsten Nährgehalt als Viehfutter hat das Gras, wenn es zu blühen beginnt. Das ist auch die beste Zeit zum Heuen. Bleibt das Gras auch noch während der Blütezeit stehen, so verwendet es die aufgenommenen Stoffe zur Bildung des Samens; die Pflanze selbst jedoch erhält nur einen größeren Rohsaftgehalt. Selbst wenn die Menge noch nicht so bedeutend ist, wird das Mähen bei Beginn der Blütezeit von größerem Nutzen sein als ein weiteres Warten, weil um die Zeit der Samenbildung auch das Wachstum nicht mehr groß ist; weiter nimmt auch die Pflanze nach der Samenbildung nicht mehr so viele Wachstumstoffe auf wie vorher. Der Unterschied an Eiweißgehalt des Heues, das zur richtigen Zeit eingebracht wird, und anderem, das zu spät gemäht wird, ist sehr erheblich.

Wittellingen, 5. Juni. (Blitzschlag.) Kürzlich wurde in der Zeitung berichtet, daß man bei Gewittern Eiden und Fichten meiden solle. Von Interesse dürfte ein Blitzschlag sein, der sich bei einem der letzten Gewitter in den Eberischen Waldungen bei Wittellingen ereignete. Hier schlug der Blitz in zwei kleinere Weisstannen, die direkt neben einer großen, stattlichen Fichte von ca. 30 Meter Höhe standen und zerfahretete beide, während die Fichte vollständig unberührt blieb. Aus diesem Vorgang dürfte hervorgehen, daß der Blitz eher in Weisstannen als in eine Fichte schlägt.

Calw, 6. Juni. Das Feuertag ist zur Zeit schwer anzubringen. Der Morgen wird zu 25 Mark angeboten, ein äußerst billiger Preis. Der Grund für die schwache Nachfrage liegt darin, daß der Grasertrag heuer sehr gut ist und daß vom letzten Jahr noch eine Menge Heu vorhanden ist. Die Feuerente ist seit einigen Tagen in den Tälgen im Gang. — Die Theatergemeinde Calw (Württ. Volksschule) hat gestern Abend über ihre Weiterführung beraten. Der Gemeinderat hat die Uebernahme einer Garantiesumme für das nächste Jahr abgelehnt. Aus diesem Grunde sah die Theatergemeinde den Beschluß, die Gemeinschaft zu nächst bestehen zu lassen, dagegen sollen im nächsten Jahre

die Aufführungen ausfallen. Ohne die finanzielle Hilfe der Stadt ist die Theatergemeinde bei den jetzigen Verhältnissen nicht in der Lage, auch bei Erhöhung der Preise die Einrichtung weiterzuführen.

Calw, 7. Juni. Gestern fanden die Reichswettkämpfe für sämtliche öffentliche Schulen hier (Volls-, Mittels- und höhere Schulen) auf dem Spielplatz des Turnvereins statt. Zur Ausführung kamen Dauerlauf und Freilübungen familiärer Schüler und Schülerinnen, Korball der Mädchen der höheren Schulen gegen die Mädchen der Mittelschule, Staffellauf der Knaben, Tamburinball der Mädchen, Faustball der Knaben, Staffellauf der Mädchen und Fußball der höheren Schulen gegen die Volksschule. Die Spiele fanden unter der trefflichen Leitung der Turnlehrer Hänslert und Fischer. Die Schlussansprache hatte Rektor Beutel übernommen. Die vorzüglich verlaufene Veranstaltung schloß mit dem Gesang des Deutschlandliedes. Die Einwohnerzahl wohnte sehr zahlreich den Wettkämpfen bei.

Walldorf, 7. Juni. (Beerdigung.) Unter außerordentlich zahlreicher Begleitung fand heute die Beerdigung des Schlachthausverwalters Jakob Groß statt, der nach kurzem Krankenlager rasch dahingerafft wurde. Groß ist Besitzer des Gasthofs zur „Krone“ in Calmbach, die er verpachtete und seit etwa sechs Jahren das hiesige Schlachthaus mit großer Gewissenhaftigkeit verwaltete. Am Grabe widmete ihm Bürgermeister Böhner einen Nachruf und legte zum Zeichen des Dankes namens der Stadt einen Kranz nieder. Weitere Kränze wurden niedergelegt von den Verwaltungsbeamten, von der Kechgerinnung und von einem Angestellten des Schlachthauses. Aus der großen und herzlichen Teilnahme beim Tode und der Beerdigung des Schlachthausverwalters ging keine Befriedigung, die er in allen Kreisen genöß, hervor.

Spiel und Sport

Turnverein Altensteig I — Turnverein Freudenstadt I 1:12
 Turnverein Altensteig II — Turnverein Freudenstadt II 4:8

Handball. Am gestrigen Sonntag waren die beiden Handballmannschaften des Td. Freudenstadt zu Freundschaftsspielen hier zu Gast. Freudenstadt in beiden Mannschaften als sehr spielfest bekannt, stellten ihr Können gestern unter Beweis. Das vorjährige Spiel mit Freudenstadt konnte Altensteig in der zweiten Mannschaft unentschieden, mit der ersten Mannschaft 3:4 gewinnen. Diesmal sollte es jedoch anders kommen und zwar ganz anders.

Die zweiten Mannschaften lieferten um 2 Uhr ihr Spiel. Bis Halbzeit war das Ergebnis gleich, jedoch nach Halbzeit konnte Freudenstadt das Ergebnis 4:8 für Freudenstadt stellen. Ganz schöne Momente spielten sich heraus auf beiden Seiten, wenn auch das freie Feldspiel einer eingehenden Übung bedarf.

Anschließend machten die ersten Mannschaften ihre Kräfte und ein überraschendes Ergebnis hatte das Spiel für beide Teile. Ein solches, wirklich schönes Spiel sah man, und kaum begonnen, konnte Altensteig den ersten und auch letzten Treffer für sich buchen. In der ersten Viertelstunde spielte Altensteig bald überlegen und hielt auch wie Freudenstadt bis zum Schluß durch. Freudenstadt machte den besten Eindruck. Schönes Feldspiel, flink, sichere weite Vorlagen und überraschende Durchbrüche führten zu dem verdienten Erfolg von Freudenstadt, allerdings nicht in der Höhe 1:12. Altensteig gab sich im Feld alle Mühe, und ungerne wäre es, das Lob vorzuenthalten. Altensteig trat mit Erlaubnis, die Umstellung entsprechend einem solch harten Gegner nicht und der sonst gute Sturm gab alles auf den Mann, das Fühlenspiel wurde zwar auf dem erschöpfenwächtigen Flügel ausgeübt. Die sicheren, weiten Vorlagen fehlten, im Gegensatz zu Fr., die jeden Spieler schonen und dem Sturm im gegebenen Moment die starke überraschende Durchschlagskraft geben. Aber nun kommt das schlagende Kapitel, das das Publikum in Erregung versetzte. Der manöval glänzende Torwart war gestern ein Spielball seiner Launen. Mit fabelhafter Gleichgültigkeit hütete er seinen Torraum. Das Können ist vorhanden, jedoch der Wille hat gefehlt und das lehtere muß von jedem Turner, will er Turner sein, in erster Linie verlangt werden und deshalb steht der Torwart auf falschem Posten. Während sich die ganze Mannschaft im allgemeinen, ob mit oder ohne Erfolg, alle Mühe gibt, ist es ein Unding, wenn der Torwart vor Gleichgültigkeit frogt, wie es auch bei dem Spiel Ebenhöfen der Fall war. Wir spielen nicht um des Spieles willen, sondern um unserer Gesundheit willen, aber ein guter Wille muß von jedem verlangt werden und jeder muß den Platz belegen, den ihm der Spielführer in gutem Sinne angibt.



Letzte Nachrichten

Zusammenstöße in Beuthen

Beuthen, 8. Juni. Als am Sonntag mittag die Nationalsozialisten anlässlich der Einweihung ihres S.A.-Heimes einen Werbeumzug durch die Straßen der Stadt veranstalteten, wurden sie aus der Scharlebergerstraße von etwa fünfzig Kommunisten angefallen. Es kam zu einem Handgemenge, bei dem fünf Nationalsozialisten durch Messertische, Steinhölzer und Stockschläge verletzt wurden. Die Polizei stellte die Ruhe wieder her. — Später griff eine größere, geschlossene Gruppe von Kommunisten die Versammlungsteilnehmer mit Stöcken an. Dabei wurden zwei anscheinend Unbeteiligte durch Messertische in Brust und Rücken verletzt. Außerdem erlitt ein Nationalsozialist eine Kopfverletzung durch ein Eisenstück. Zwei Kommunisten wurden festgenommen.

Eisenbahnunglück bei Beuthen

Beuthen, 7. Juni. Am Sonntag abend kurz nach 10 Uhr stiegen auf der Bahnstrecke Beuthen-Brünnel am Ausgang von Pilszendorf zwei Personenzüge zusammen. Zwölf Personen wurden schwer und 15 leicht verletzt. Besonders schwer wurde das Lokomotivpersonal und mehrere Insassen

der ersten Wagen verletzt. Ein Lokomotivführer konnte erst nach dreiviertelstündiger angestrengter Rettungsarbeit aus seiner gefährlichen Lage befreit werden. Die Schuldfrage ist noch ungeklärt.

Leutnant Rudin aus der Festungshaft entlassen

Karlsruhe, 7. Juni. Wie der Karlsruher „Nationalsozialistische Führer“ erfährt, wurde der im Leipziger Reichswehrprozess verurteilte Leutnant Rudin gestern aus der Festungshaft in Rastatt entlassen. Rudin hatte vor einiger Zeit ein Gnadengesuch an den Reichspräsidenten gerichtet.

Erdbeben in England

London, 7. Juni. In London und anderen Teilen des Landes wurde heute nacht gegen 1.30 Uhr ein Erdbeben verspürt, das die höheren Gebäude ins Wanken brachte. Am heftigsten war der Stoß in Norfolk, wo einige Personen aus den Betten geworfen wurden. An verschiedenen Stellen war das Beben von einem lauten Poltern und Geräusch begleitet. Sachschaden wird nicht gemeldet, jedoch bemängelte sich der Bevölkerung in Mittel- und Nord-England sowie in Südwesten starke Bestürzung. Das Erdbeben ist das stärkste, das in England seit Menschengedenken aufgetreten ist.

Gefordern

Ragold: Wilhelmine Proß geb. Kaaf, 60 J. a.
 Baiersbrunn-Rechen: Maria Würth geb. Faltz, 38 Jahre alt.
 Weisenfeld: Katharine Müller geb. Kappler, 64 J. a.

Wetter für Dienstag

Schwacher Hochdruck beeinflusst die Wetterlage und läßt für Dienstag mehrfach heiteres, aber zu Gewitterförderungen geneigtes Wetter erwarten.

Druck und Verlag der W. Rieter'schen Buchdruckerei, Altensteig.
 Verantwortlich für die Schriftleitung: Ludwig Paul.

Gegen Hühneraugen

Sorbschaut, verdirbt Hornschwielen an Händen und Füßen bei sich „Eola“ als lehrreiches und bewährtes Mittel zur gründlichen Beseitigung aller harten Hautwucherungen bestens bewährt. Wirkung für mehrmaligen Gebrauch mit genauer Gebrauchsanweisung 60 Pf. In allen Apotheken und Drogerien zu haben.

Altensteig-Stadt

Alle Arbeitgeber,

die nicht mehr als 10 versicherungspflichtige Personen beschäftigen, haben die Quittungskarten der Dienstboten, Arbeiter, Gesellen, Lehrlinge, Hausgewerbetreibenden, Monatsfrauen etc.

am Donnerstag, den 11. Juni ds. Js.

vormittags von 8—12 Uhr

auf dem Rathaus Zimmer Nr. 2 zur Prüfung vorzulegen und die Lohnbücher oder Lohnlisten mitzubringen.

Auch die unständigen Arbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Quittungskarten vorzulegen und Auskunft über ihre Beschäftigung zu erteilen.

Diejenigen freiwillig Versicherten, welche ihre Versicherungsmarken selbst kleben, haben ihre Quittungskarten ebenfalls vorzulegen.

Ortsbehörde für die Arbeiter- u. Angestelltenversicherung.

Altensteig-Stadt

Die Straßenstrecke zwischen der Wasserfußbrücke und der Sternbrücke

ist noch bis Samstag, 13. Juni wegen Aufbringung des Teer-Asphalt-Beton für schwere Fahrzeuge (Langholzfuhrwerke, Lastkraftwagen)

gesperrt.

Das Befahren mit leichteren Fahrzeugen (Personenkraftwagen etc.) ist möglich, doch ist dabei besondere Vorsicht geboten.

Bürgermeisteramt.

Füllfederhalter

in tadellosen Ausführungen, verschiedenen Größen und jeder Preislage empfiehlt die

W. Rieker'sche Buchhandlung, Altensteig

Hausfrauenverein Altensteig

Dienstag abend 8 Uhr im „Grünen Baum“

Hausfrauenabend

mit Vorführung des staatl. zugelassenen

Heco-Preßgas-Schnellkochers

Gewerbebank

Altensteig e. G. m. b. H.

Für Mitglieder:

Abgabe von Vorschüssen, Kreditgewährung in laufender Rechnung Diskontierung guter Warenwechsel An- und Verkauf von Wertpapieren

Für Jedermann:

Annahme von Spargeldern bei höchstmöglicher Verzinsung Mindesteinlage 5 Mark Errichtung provisionsfreier Schock-Konti

Altensteig.

Ich habe eine schöne, sommerlich und staubfrei gelegene

4 Zimmer-Wohnung

mit Zubehör und Gartenanteil sofort zu vermieten.

Heinrich Henßler Kaufmann.

Ein

Helle mit Klee

hat zu verpachten

Ehr. Rau, Mühlstraße.

Auftragsweise verkaufe ich ca. 325 Morgen Waldungen

in bester Waldgegend im württg. Schwarzwald, äußerst billig, gegen Kassa. Die Waldungen werden in kleineren und größeren Parzellen abgegeben.

Albert Breßburger, Immobilien-Hypotheken Horb a. N. Telefon 238. Rückporto erbeten!

Bausparvertrag

der G. d. F. in Höhe von RM. 6000.— ist, weil derselbe nicht mehr gebraucht wird, unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Altensteig

Empfehle mich im

Maschinenmähen

bei billigster Berechnung.

Stoll, Ziegelhütte.

Inserate

haben jederzeit besten Erfolg!

Buchhandlung



„1:100 — die kauft sich sicher das neue Buch der Storchentante.“
 „Klar, die schildert auch prächtig die Mädels von heute.“

Zu beziehen durch die W. Rieker'sche Buchhandlung, Altensteig

Egenhausen.

Suche für Landwirtschaft fleißigen, zuverlässigen

Mann

Fritz Wolf.

Schöne Akerpflanzen empfiehlt

Heinrich Walz Altensteig, Telefon 116.

Vati, die möcht' ich!

Der kleine Schlaupf hat recht, wenn er sich als Erfrischungs-Getränk gerade die bekannte

Innauer Apollo-Silber

wünscht, denn sie ist nicht nur eine köstlich schmeckende Limonade, sondern man fühlt sich auch so wohl darauf, da sie aus reinen Zutaten und der berühmten Innauer Apollo-Mineralquelle hergestellt ist und deshalb gleichzeitig den Körper gesund und frisch erhält. Bestimmt bekommen Sie diese feine Limonade bei:

M. Hartmann Altensteig, Tel. 132

Altensteig.

Todes-Anzeige.



Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser guter Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel

Albert Kempf

früher Metzger

nach langem, schwerem Leiden im Alter von 69 Jahren sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bittet im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

die Kinder: Mina Leibold mit Gatten Jakob Leibold

Albert Kempf mit Gattin Elise Kempf z. St. in Bukarest.

Enkel Maria.

Beerdigung Mittwoch nachmittag 2 Uhr auf dem alten Friedhof.

Grömbach.

Dankagung.



Für all die reichen Liebesbeweise, die wir bei dem langen Leiden und beim Heimgang unserer lieben Mutter

Christine Zahn

in so reichem Maße erfahren durften, sagen wir all denjenigen ein herzliches Vergelt's Gott. Insbesondere danken wir herzlich für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers Kroschenberger am Grabe, sowie dem Posaunenchor, dem Jungfrauenverein für die erhebenden Lieder und für die zahlreiche Begleitung von nah und fern zu ihrer letzten Ruhestätte.

Die trauernden Hinterbliebenen.

